

A9 8. Queerfeminismus umsetzen – Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

1 Gerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen unserer Generation – unabhängig von
2 Geschlecht, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität. Wer Gleichstellung
3 ernst meint, muss auch handeln! Die **Gleichstellungsstrategie des Landes** Baden-
4 Württemberg darf keine leere Hülle sein, sondern muss mit verbindlichen
5 Maßnahmen unterlegt werden, die die Existenzsicherung und den Schutz von Frauen,
6 intergeschlechtlichen, nicht-binären, trans- und agender Personen auf allen
7 Ebenen garantieren. Ebenfalls soll wie in Berlin der **8. März als Feministischer**
8 **Kampftag ein Feiertag** werden.

9 Das Land Baden-Württemberg muss sich klar zur **Umsetzung der ILO-Konvention Nr.**
10 **190** zum Schutz vor Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz bekennen und hier auf
11 Bundesebene mit gutem Beispiel vorangehen. Das Land muss sich auch in
12 **Einrichtungen von Religionsgemeinschaften für grundlegende Arbeitsrechte**
13 einsetzen: Das Streikrecht und der Schutz vor Diskriminierung – etwa aufgrund
14 von sexueller Orientierung – dürfen nicht länger durch kirchliches Arbeitsrecht
15 eingeschränkt werden.

16 **Beratungs- und Betreuungsangebote zu sexualisierter Gewalt, Hate Speech und**
17 **Schwangerschaftsabbrüchen** müssen flächendeckend ausgebaut und konsequent an die
18 Anforderungen des digitalen Raums angepasst werden. **Antidiskriminierungsstellen**
19 müssen verpflichtend auch für trans-, inter- und nicht-binäre Themen zuständig
20 sein und entsprechend personell und fachlich ausgestattet werden. Für trans
21 Personen braucht es leicht zugängliche, barrierefreie Informationen zu
22 medizinischer Versorgung – insbesondere zu **Hormonbehandlungen** – sowie einen
23 bedarfsgerechten Ausbau entsprechender ärztlicher Angebote im ganzen Land. Das
24 Land soll sich außerdem für **geschlechtssensible medizinische Versorgung** und
25 **verpflichtende Fortbildungen für medizinisches Fachpersonal** einsetzen, um
26 Diskriminierung im Gesundheitswesen abzubauen.

27 Pflegekräfte, Rettungsdienste, Polizei und Feuerwehr müssen **verpflichtend im**
28 **Erkennen und Umgang mit häuslicher sowie sexualisierter Gewalt** geschult werden.

Die geschlechtsspezifische Schmerzbehandlung – der sogenannte **Gender Pain Gap** – muss in Ausbildung und Praxis systematisch berücksichtigt werden, um strukturelle Benachteiligung in der Gesundheitsversorgung zu beenden. Gleichzeitig braucht es verstärkte Angebote der **mobilen Jugendarbeit** im ganzen Land, die insbesondere jungen Frauen und queeren Jugendlichen verlässliche Ansprechpartner*innen, gestaltbare Räume und kurzfristig verfügbare Not- und Wohnangebote bereitstellt.

Gleichstellung muss sichtbar und praktisch erlebbar sein – durch flächendeckende **Kinderbetreuung auch in männerdominierten Bereichen** wie der Feuerwehr, durch sichtbare weibliche und **queere Vorbilder auf Informationsmaterialien** des Landes sowie durch die Förderung und den Ausbau von **Sport- und Freizeitangeboten für trans, inter und nicht-binäre Menschen**. Öffentliche Einrichtungen im Land sollen **verpflichtend mit kostenlosen Periodenprodukten** ausgestattet werden. **Verhütungsmittel** sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Sicherheit im öffentlichen Raum darf nicht länger an der Lebensrealität von queeren Menschen vorbei geplant werden. Kommunen und Landkreise sollen landesweit ein **Raster zur Erhebung des subjektiven Sicherheitsempfindens** erhalten, um gezielt Maßnahmen wie **bessere Beleuchtung, sichere Aufenthaltsorte und gleichberechtigte Mobilität** umzusetzen. Gleichzeitig sind **queerfeindliche Übergriffe** ernst zu nehmen – es braucht **landesseitige Präventionsarbeit** und den **Ausbau von Schutzräumen**. Der **Gewaltschutz** ist dabei immer stark auf Frauen fokussiert, während andere Gruppen, darunter Kinder, queere Menschen und Menschen mit Behinderung, oft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Frauen- und Kinderschutzhäuser müssen barrierefrei gestaltet und für alle Schutzbedürftigen geöffnet werden. Es braucht außerdem spezifische Beratungsstellen für Männer, die von Gewalt betroffen sind. **Spezialisierte Angebote für geflüchtete und migrantisierte Personen** sind notwendig, z. B. mehrsprachige Beratungen.

Die langfristige **Finanzierung von Schutzhäusern** muss sichergestellt werden. Gewalt gegen Frauen muss als **zentrales Sicherheitsproblem** anerkannt werden. Baden-Württemberg sollte zudem das bewährte Wiener Modell für Gewaltschutz übernehmen, bei dem Frauenhäuser, Polizei und Täterarbeit eng zusammenarbeiten.

Darüber hinaus fordern wir die Entwicklung queersensibler Lehrmaterialien sowie verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zu queeren Lebensrealitäten. Ein **landesweites Förderprogramm für queere Zentren** muss Begegnungsräume in Stadt und Land schaffen und absichern.

Queerfeminismus darf kein Nebenschauplatz sein – er gehört ins Zentrum einer gerechten Politik. Gleichberechtigung muss in allen Lebensbereichen konkret gelebt, finanziert und politisch verankert werden.